



**VVN-BdA Niedersachsen e.V.**  
**Rolandstr. 16**

**30161 Hannover**

05.06.2022

### **Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Niedersachsen 2022**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Abfrage zu Ihren Positionen hinsichtlich der Landtagswahl 2022 in Niedersachsen, die wir in der Folge gerne beantworten.

Vorab möchten wir mitteilen, dass es zu den wenigsten Punkten eine konkrete Beschlusslage gibt. Vieles lässt sich jedoch aus unserer allgemeinen - insbesondere antifaschistischen und humanistischen - Grundhaltung ableiten.

#### Mahn – und Gedenkarbeit

#### **• Die Erstellung einer landesweiten Bestandsaufnahme der Gräber und Gedenksteine der ausländischen Opfer des Hitlerfaschismus.**

Positiv, da jegliche Entscheidungen auch hinsichtlich des Umgangs mit dieser Thematik unter vollständiger Information geschehen sollen, kann dies hilfreich sein.

#### **• Ein gemeinsam mit den Gebietskörperschaften erarbeitetes Konzept zur dauerhaften Betreuung/Pflege. Die Umsetzung des Gräbergesetzes inklusive der Aufstellung der an die Kommunen gegangenen finanziellen Mittel muss dokumentiert werden.**

Positiv, Gedenkstättenarbeit ist eine Kollektivaufgabe. Öffentliche Dokumentation von verausgabten Steuermitteln ist für uns selbstverständlich.

#### **• Die Erarbeitung und Veröffentlichung eines Gedenkatlasses für Niedersachsen.**

Positiv, da jegliche Entscheidungen auch hinsichtlich des Umgangs mit dieser Thematik unter vollständiger Information geschehen sollen, kann dies hilfreich sein.

#### **• Die inhaltliche Auflistung aller großen und kleinen Gedenkort mit Ansprechpartner\*innen soll in Absprache mit der „Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten“ veröffentlicht und im Netz sukzessive**

#### **Bankverbindung:**

Postbank AG  
**IBAN: DE95440100460499412468**  
**BIC: PBNKDEFF**

#### **Vorstand:**

Thomas Ganskow (Vorsitz),  
Stefan Henke (Stellv. Vorsitz), Pamela  
Kuhn (2. Stellv. Vorsitz)  
Stephan Franzelius (Schatzmeister)  
Wolf Vincent Lübcke (Stellv.  
Schatzmeister), Kim Höfer (Pol.  
Geschäftsführerin), Jens Berwing  
(Generalsekretär), Richard Klaus,  
Antonia M. Hörster (Beisitz)

**aktualisiert werden.**

Positiv, da jegliche Entscheidungen auch hinsichtlich des Umgangs mit dieser Thematik unter vollständiger Information geschehen sollen, kann dies hilfreich sein.

#### Wege der Erinnerung

• **Ein landesweites Konzept „Wege der Erinnerung“ (Fuß- oder Radwege).**

Positiv, ähnlich wie bei Stolpersteinen kann der dahinter stehende Gedanke so in der Öffentlichkeit verbreitet werden.

#### Bessere Unterstützung der Mahn- und Gedenkstätteninitiativen

• **Erhalt und Ausbau der Fördermöglichkeiten für lokale Mahn- und Gedenkinitiativen über das Angebot der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten.**

Positiv, Gedenkstättenarbeit ist eine Kollektivaufgabe. Öffentliche Dokumentation von verausgabten Steuermitteln ist für uns selbstverständlich.

#### Der 8. Mai ist unser Feiertag

• **Die zukünftige niedersächsische Regierung muss den 8. Mai zum Feiertag erklären.**

Positiv, auch wenn hier sicher eine alle Bundesländer umfassende Regelung sinnvoller wäre. Konkret streben wir eine Landesregelung an, die einen Tag benennt, der an die Verfassung - und damit, sie zu achten - erinnert.

#### Straßen und Plätze

• **Verbot der Ehrung von Personen (insbesondere in Form der Benennung von Plätzen, Straßen und Institutionen), die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen beteiligt waren oder die sich an dem Leid anderer finanziell bereichert haben.**

Positiv, wir unterstützen auch die Einführung und Arbeit von Kommissionen, die das nationalsozialistische und kolonialistische Erbe im Straßenbild aufarbeiten.

#### Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus für Demokratie

• **Büros der Mobilen Beratungsstellen „Gegen Rechts“ in allen größeren Städten und Landkreisen einzurichten.**

Positiv, wir Piraten sind aus Überzeugung Mitglied im Bündnis gegen Rechts und setzen uns konsequent gegen den erstarkenden Rechtsextremismus ein. Die Förderung von Projekten gegen Rechts ist uns daher ein wichtiges Anliegen.

#### Lehrstuhl für Gedenkstättenpädagogik

• **Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Gedenkstättenpädagogik an einer niedersächsischen Hochschule.**

Eine konkrete Beschlusslage dazu haben wir nicht. Allerdings sehen wir die Notwendigkeit einer ausreichenden Vorbereitung und Aufklärung - nicht nur vor Besuchen von Gedenkstätten. Da es schon jetzt aufgrund von Lehrkräftemangel eine unter 100% liegende Unterrichtserteilung gibt, halten wir einen eigenen Lehrstuhl eher nicht für zielführend. Was wir uns vorstellen können, ist eine Implementierung dieser Thematik im Kerncurriculum verschiedener Schwerpunktfächer in der Lehrerausbildung, sodass auch nicht die Gefahr besteht, dass mit Ausfall der betreffenden Lehrkraft oder dem Nichtbesetzen der Stelle ein Wegfall der Vermittlung einher ginge.

#### Landeszentrale für politische Bildung

• **Die Landeszentrale für politische Bildung stellt Angebote (Veranstaltungen, Referent\*innen, Materialien, usw.) für eine Auseinandersetzung mit AfD, Coronaleugner\*innen, Reichsbürger\*innen usw. kostenlos zur Verfügung.**

Positiv, wir Piraten fordern bereits in unserem Grundsatzprogramm: Was der Staat finanziert, muss der Gesellschaft gehören. Der Staat soll den kostenfreien Zugang zu allen öffentlichen Bildungseinrichtungen und Bildungsmaterialien sicherstellen. Das gilt insofern auch für Materialien der Landeszentrale für politische Bildung.

#### Ausbau der Gedenkstätten Oerbke

- **Den Erhalt des historischen Gebäudes „Entlausungsstation Oerbke“ durch Landesförderung und seine Entwicklung zu einem Gedenkort. Das Gebäude muss der Bundeswehr entzogen werden.**

Positiv, die wenigen noch verbliebenen Zeugnisse der nationalsozialistischen Greuelthaten müssen unter allen Umständen als Gedenk- und Mahnmale erhalten bleiben.

#### Bergen-Belsen

- **Die Wiederherstellung der Bahnstrecke zum ehemaligen KZ-Bergen-Belsen bei gleichzeitiger Kennzeichnung ihrer Geschichte auf einer Infotafel.**

Positiv, nur wer seine Geschichte kennt, ist nicht verdammt, sie zu wiederholen. Insofern unterstützen wir jegliche Initiativen, die das Vergessen ver- oder zumindest behindern.

#### Gedenkweg „Helmetalbahn“

- **Die Förderung der Anlage des Gedenkweges/Gedenkortes Helmetalbahn.**

Positiv, und noch mehr: Die Initiative zur Förderung dieses Gedenkortes ging von der Kreistagsgruppe, der die PIRATEN 2019 angehörten, aus. Wir stehen somit klar hinter diesem Anliegen.

#### „Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage“

- **Alle Schulen in Niedersachsen werden „Schulen ohne Rassismus, Antisemitismus und Faschismus – Schule mit Courage“.**

Positiv, wir Piraten sind aus Überzeugung Mitglied im Bündnis gegen Rechts und setzen uns konsequent gegen den erstarkenden Rechtsextremismus ein. Dass diskriminierende und menschenverachtende Ideologien an Schulen keinen Platz haben dürfen, ist für uns daher selbstverständlich.

#### UNESCO Biosphärengebiet „Hohe Heide“ statt Nato-Truppenübungsplatz

- **Schließung des Truppenübungsplatzes Bergen und Umwandlung in ein UNESCO Biosphärengebiet.**

Eher negativ, man kann sicher in Absprache mit der NATO die Naturschutzkomponente des TrpÜbPl-Managements optimieren; aber TrpÜbPl haben traditionell eine höhere Biodiversität und einen hohen Artenschutz, weil - auch im Gegensatz zu UNESCO-Biosphären - sie weitgehend von Menschen frei sind. Daher würde eine aus einer Schließung resultierende Verlagerung des NATO-Truppenübungsplatzes eher weniger Verbesserung für die Natur bringen. Da ausreichend neue Gebiete eher Richtung Polen zu finden wären, wäre dies auch nicht zielführend in Bezug auf friedenserhaltende Maßnahmen.

#### Nato-Übung Defender 2020

- **Keinerlei Beteiligung des Landes Niedersachsen an der Nato-Übung Defender 2022. Es wird keine Infrastruktur (Hafen, Straßen usw.) hierfür zur Verfügung stellen.**

Negativ, die Piratenpartei sieht Infrastruktur in allen Bereichen als Eigentum aller Menschen, die dafür mit ihren Steuermitteln die Finanzierung ermöglicht haben. Insofern können wir Ihrer Forderung leider nicht zustimmen. Denn zumindest die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die die Infrastruktur im Rahmen der Übung nutzen, sind dazu als "Bürger in Uniform" berechtigt. Abgesehen davon ist das Land Niedersachsen in Fragen der Verteidigungspolitik - und dazu zählt der Einsatz von Bundeswehr- und NATO-Truppe im Manöver, gemäß Artikel 24 Abs. 2 des Grundgesetzes weisungsgebunden und kann derartige Bewegungen auf seinen Verkehrswegen gar nicht unterbinden.

#### Opfer des Kalten Krieges

- **Die Entscheidungen (über Berufsverbote) der Niedersächsischen Gerichte müssen aufgehoben werden. Die Opfer sind zu rehabilitieren und materiell zu entschädigen.**

Positiv, der Landesverband Niedersachsen der Piratenpartei Deutschland hat bereits 2019 im Rahmen der #noNPOG-Demonstrationen mit der Niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote zusammengearbeitet und teilt insofern ihre grundlegende Ansicht, dass - auch noch 50 Jahre nach dem "Radikalenerlass" - Berufsverbote aufgrund der politischen

Überzeugungen in einem demokratisch-freiheitlichen Rechtsstaat fehl am Platz sind und sein müssen. Daher bejahen wir diese Frage.

#### Opfer der Berufsverbote

• **Der „Radikalenerlass“ ist offiziell aufzuheben. Die Opfer der Berufsverbotsregelung sind zu entschädigen. Die Geschichte der Berufsverbote und die Auswirkungen auf die Gesellschaft sind zu untersuchen.**

Positiv, im Rahmen der Notwendigkeit politischer Bildung, wie wir Piraten sie als Voraussetzung für eine zivilisierte und moderne Gesellschaft verstehen, ist es unerlässlich, auch die Diskriminierung Einzelner aufgrund ihrer politischen Ansichten im "Kampf gegen den Terror" kritisch zu betrachten. Die Geschichte zu ehren heißt, aus der Geschichte zu lernen. Ein zweiter "Radikalenerlass", der in Niedersachsen bereits seit Jahren schwelt, muss verhindert werden.

#### Nazivergangenheit der Mitarbeiter\*innen des Niedersächsischen Justizministerium aufarbeiten

• **Die Untersuchung der Geschichte des Niedersächsischen Justizministerium durch Historiker\*innen. Die Ergebnisse der Untersuchung müssen veröffentlicht werden.**

Positiv, was in der Landeshauptstadt mittels der dort aktiven Kommission geschehen ist, sollte auch auf Landesebene umgesetzt werden.

#### Verfassungsschutz abschaffen

• **Die Abschaffung des niedersächsischen Verfassungsschutzes.**

Positiv. In der Vergangenheit häuften sich Unregelmäßigkeiten und schwere Fälle von Amtsmissbrauch durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Der hierdurch entstehende Schaden für die Demokratie wird durch keinen möglichen Nutzen aufgewogen. Der Verfassungsschutz ist ein Fremdkörper in der Demokratie und wir fordern seine Abschaffung. Solange die hierfür notwendigen Mehrheiten fehlen, muss im zumindest eine wesentlich stärkere demokratische Kontrolle gewährleistet werden. Den Mitgliedern des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Landtags Niedersachsens müssen deutlich mehr Befugnisse und Einsichtsrechte eingeräumt werden. So muss die Größe des Parlamentarischen Kontrollgremiums ausgeweitet und die Verwendung von Geldern durch den Verfassungsschutz stärker kontrolliert werden. Wir fordern, das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten unbedingt durchzusetzen. Alle von Maßnahmen des Verfassungsschutzes Betroffenen sollen nach Ablauf einer festgeschriebenen Frist Aufforderungslos über Ermittlungen und Ergebnisse informiert werden. Anwaltliche Akteneinsicht muss gewährt werden.

#### Ausforschung von jungen Antifaschist\*innen

• **Diese Überwachung muss unterbleiben.**

Positiv, die Piratenpartei setzt sich seit ihrer Gründung und auch in ihrem Grundsatzprogramm für eine freie Gesellschaft ohne Überwachung und Ungleichbehandlung aufgrund der politischen Ansichten ein, wie es das Grundgesetz auch vorsieht.

#### Polizist\*innen brauchen Namensschilder

• **Die Möglichkeit der Identifizierung von Polizisten\*innen im Land Niedersachsen durch gut sichtbare Namensschilder.**

Ambivalent, was wir wollen, ist eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht insbesondere für die Bereitschaftspolizei, die es ermöglicht, einzelne Personen von Seiten der Polizei selbst zu identifizieren.

#### Friedenspolitik

• **Verbot der Nutzung niedersächsischer Wasser- und Straßenverkehrswege für Waffentransporte der Bundeswehr oder Rüstungsbetriebe.**

Negativ, die Piratenpartei sieht Infrastruktur in allen Bereichen als Eigentum aller Menschen, die dafür mit ihren Steuermitteln die Finanzierung ermöglicht haben. Insofern können wir Ihrer Forderung leider nicht zustimmen. Denn die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind dazu als "Bürger in Uniform" berechtigt. Gleiches gilt für Unternehmen, die ebenfalls durch die von ihnen erbrachten Steuergelder die Schaffung/den Unterhalt der Infrastruktur ermöglichen.

Bezogen auf die gegenwärtige (Anfang Juni) herrschende Situation möchten wir anmerken, dass gerade Deutschland durch seine besondere Geschichte zudem verpflichtet ist, sich am Kampf gegen den Ruschismus (Putin-Faschismus) maßgeblich zu beteiligen, vor allem gegenüber der Ukraine. 1941 griff das sog. "Dritte Reich" das Land bereits an. Überlebende der damaligen Besatzung wie Boris Romantschenko überlebten den Hitler-Faschismus, um vom Putin-Faschismus im hohen Alter ermordet zu werden. Auch für die Überlebenden ist es ein unmöglicher Zustand, den Hitler-deutschen Einmarsch überlebt zu haben um nun in hohem Alter Angst um ihr Leben beim Angriff von Putin-Russland haben zu müssen. Die Piratenpartei übte bereits scharfe Kritik an der sehr unglücklichen Rolle, die die bundesdeutsche Regierung in Fragen der Unterstützung der Demokratie Ukraine gegen den Faschismus Russlands spielt. Dazu gehört eben auch, "Waffentransporte der Bundeswehr oder Rüstungsbetriebe" gegen den Ruschismus in die Ukraine zu verzögern oder komplett zu blockieren.

#### Flüchtlingspolitik

• **Gleiche Rechte für alle Geflüchteten! Keine Sonderrechte für bestimmte Gruppen! Das betrifft: Zugang zu Sprach- und Integrationskursen, Arbeitserlaubnis, Wohnung, kostenfreie Nutzung von Bussen und Bahnen sowie des Internets, Familiennachzug für Schutzbedürftige. Kein ‚racial profiling‘ nirgendwo!**

Positiv, der Geburtsort eines Menschen kann und darf kein Anlass für eine bevorzugte Behandlung sein. Die unterschiedliche Behandlung von Menschen anhand ihrer Herkunft widerspricht unseren Grundsätzen.

• **Schließung von Abschiebegefängnissen und permanenten Sammellagern wie Bramsche.**

Positiv, konkret setzen wir uns für die sofortige Schließung des Abschiebegefängnisses in Langenhagen ein. Aber selbstverständlich darf es auch die Vorstufe eines permanenten Sammellagers für abzuschickende Menschen nicht geben. Im Übrigen lehnen wir Abschiebungen generell ab.

• **Finanzielle und personelle Aufstockung in Beratungsstellen sowie Erhöhung ihrer Anzahl.**

Positiv, die finanzielle und personelle Ausstattung muss bei allen Einrichtungen, die einen gesellschaftlichen Nutzen bieten, ausreichend sein, die innewohnenden Aufgaben zu erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen  
Piratenpartei Niedersachsen  
Der Landesvorstand

Thomas Ganskow